

Große Besorgnis und Angst wegen des Angriffs gegen Bernardo Arévalo und Karin Herrera sowie um die guatemaltekische Zivilgesellschaft

Wir, 13 Nichtregierungsorganisationen des Runden Tisches Zentralamerika, verurteilen die aktuelle Kriminalisierungskampagne der guatemaltekischen Generalstaatsanwaltschaft gegen die gewählte Regierung sowie Akademiker:innen, Menschenrechtsverteidiger:innen und weitere kritische Stimmen aus Zivilgesellschaft und Politik.

Die Angriffe, denen sich demokratische Kräfte in Guatemala seit der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen ausgesetzt sehen, haben sich dramatisch verschärft. Die 27 Haftbefehle und fünf Verhaftungen am vergangenen 16. November stellen eine neue Eskalationsstufe dar. Besonders besorgt sind wir über den Antrag der Generalstaatsanwaltschaft, die Immunität des gewählten Präsidenten Bernardo Arévalo und der Vizepräsidentin Karin Herrera sowie von sechs weiteren politischen Akteuren aufzuheben. Wir stellen mit Sorge fest, dass nicht nur die Gültigkeit der Wahlergebnisse, sondern auch die Freiheit und sogar das Leben der Wahlsieger und anderer Mitglieder der Partei Movimiento Semilla in Gefahr sind.

Die Aktionen der Generalstaatsanwaltschaft werden mit dem fadenscheinigen Vorwurf begründet, der Partei Movimiento Semilla sei verantwortlich für Proteste und für die Besetzung der Universität von San Carlos (USAC). Die Haft- und Durchsuchungsbefehle richten sich gegen Fakultätsmitglieder, Studierende und Aktivist:innen, die Unregelmäßigkeiten bei der Rektorenwahl der Einrichtung öffentlich gemacht haben.

Die Kriminalisierung der Wahrnehmung des verfassungsmäßigen Rechts der Meinungsfreiheit ist ein Bestandteil des Vorgehens. Dieses ordnet sich ein in die Offensive der Generalstaatsanwaltschaft gegen die kritische Zivilgesellschaft und die Partei Movimiento Semilla.

Dabei wird sie unterstützt vom im Volksmund sogenannten „Pakt der Korrupten“: Vertreter:innen der politischen, wirtschaftlichen sowie juristischen Machtelite des Landes, die ihre Position nach ihrer unerwarteten Wahlniederlage zu sichern versuchen. Das Ziel des „Paktes“ ist, die Partei Arévalos vom politischen Prozess auszuschließen und dem Amtsantritt am 14. Januar 2024 so viele Steine wie möglich in den Weg zu legen. Dabei kann der „Pakt“, wie schon während des Wahlkampfs, auf tätige Mithilfe entsprechend interessierter Eliten der Gerichtsbarkeit zählen.

Wir verurteilen die konstanten Angriffe des „Paktes der Korrupten“ auf die neu gewählte Regierung und auf die Zivilbevölkerung, die die Demokratie verteidigt. In diesem Moment, der nicht nur für die Zukunft Guatemalas, sondern auch für die gesamte zentralamerikanische Region entscheidend ist, sind von der internationalen Gemeinschaft klare Positionierungen und entschlossenes Handeln zugunsten von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gefragt.

Wir rufen die deutsche Regierung und die Europäische Union auf, einen gerechten und friedlichen Übergang in Guatemala sichtbar zu unterstützen. Ein gemeinsames Statement der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Guatemala zusammen mit den weiteren Botschaften der G13 wäre ein wichtiges Zeichen. Zentral ist, die Unterstützung des Amtsübergabeprozesses sowie der neuen, demokratisch gewählten Regierung durch die Anwesenheit von hochrangigen Regierungsvertreter:innen der deutschen und europäischen Ebene bei der Amtseinführung am 14. Januar 2024. Weiterhin fordern wir eine öffentliche Stellungnahme, in der die Wahlentscheidung des guatemaltekischen Volkes verteidigt wird und die Freilassung aller allein aus politischen Gründen inhaftierten Personen angemahnt wird. Darin sollte die Bundesregierung auch die Handlungen des kooptierten Justizsystems in Guatemala, insbesondere von Generalstaatsanwältin Consuelo Porras, Sonderstaatsanwalt Rafael Curruchiche und Richter Fredy Orellana als demokratieschädlich kennzeichnen.